

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 8 (1933)
Heft: 7

Artikel: 40,000 wilde Siedler in Berlin
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-100819>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Staatsgedanken. Deshalb ist es für den Staat von größtem Wert, ihn zu pflegen und darauf hinzuwirken, daß mit den Genossenschaften auch die genossenschaftlichen Grundgedanken lebendig bleiben.

Deshalb ist es aber auch von so großer Bedeutung, daß diese strukturellen Wandlungen des Baugenossenschaftswesens nicht von Dauer sind, denn sie stehen mit den genossenschaftlichen Grundgedanken im Widerspruch. Die Baugenossenschaften müssen wieder so frei und unabhängig werden, wie sie es vor dem Kriege waren, und sie müssen wie vor dem Kriege vor dem Eingriff der Staatsgewalt bewahrt bleiben. Das zu erreichen ist aber nur möglich, wenn wir selbst uns auf die alten Urkräfte unseres Seins besinnen und wenn wir selbst zu alten, bewährten Grundsätzen der Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung zurückkommen und sie wieder zum Grundsatz unseres Handelns machen. Das ist kein toter Traditionsglaube, sondern ist lebendiger Konservatismus. Es bedeutet nicht, daß ich wünsche, es solle alles wieder so werden, wie es einst war. Das ist unmöglich. Aber ich möchte, daß der genossenschaftliche Geist in unserer Bewegung wieder wach wird und sich betätigt, daß das Vertrauen auf die eigene Kraft wächst und allmählich der Angstruf nach Staatshilfe verstummt. Ich möchte, daß derselbe genossenschaftliche Geist wieder uns alle erfüllt, der unsere Väter erfüllte, als sie die Baugenossenschaftsbewegung schufen und in solider gründlicher Arbeit zur Höhe führten.

Ich gebe durchaus zu, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Lage zu einer Betätigung des Selbsthilfegedankens noch nicht den erforderlichen Spielraum läßt. Ich weiß, daß alle Genossenschaftsmitglieder leiden unter dem Verlust ihrer Vermögen in der Inflation, unter der Verringerung ihrer Einkommen durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Senkung der Gehälter und Löhne, und daß sonst noch manches sich ereignet hat, das ihren guten Willen hindert, sich so auszuwirken, wie sie selbst es möchten. Ich weiß, daß es gewisse Erleichterungen in unserem Leben der Gegenwart gibt, die es erforderlich machen, daß auch der Staat eingreift und hilft. Ich denke

dabei an die hohen Mietsätze der in teuren Jahren 1927—1930 erstellten Wohnungen, an die untragbaren Zinssätze und steuerliche und andere Lasten, die uns das Leben schwer machen und uns unsere Zukunft düster erscheinen lassen. Wir müssen fordern, daß der Staat hilft, um die Wohnungsunternehmen in die Lage zu versetzen, die Mieten dem gesunkenen Einkommen anzupassen und die Lasten der Wohnungsinhaber und der Wohnungsunternehmen mit den wirtschaftlichen Kräften in Einklang zu bringen. Diese Forderung müssen wir stellen, nicht obwohl, sondern weil wir wissen, daß die Baugenossenschaften im Kern wirtschaftlich gesund sind, weil sie sich krisenfester erwiesen haben als viele Privatunternehmen. Es ist auch für den Staat nicht schwer, die Notstände zu beseitigen, in die die Wohnungsunternehmen ohne ihre Schuld geraten sind. Aber die staatliche Hilfe allein tut es nicht, sondern der Geist der Selbsthilfe muß wieder allgemein lebendig werden. Professor Stein hat einmal gesagt: Die Genossenschaften haben als Mutter die Not, als Vater die Kraft, und ich möchte hinzufügen: als Seele den Geist opferbereiter Männlichkeit. Dieser Geist opferbereiter Männlichkeit muß der Geist aller Baugenossenschaften werden. Er muß es sein und bleiben und darf nicht bloß die einzelnen Genossenschaften erfüllen, nein, er muß sich übertragen auf die Verbände und auf die Gesamtheit der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, er muß sie alle zu einer festen, starken Einheit zusammenschmieden. Erst dann wird auch die Baugenossenschaftsbewegung im deutschen Wirtschaftsleben die wirtschaftliche und soziale Stellung innehaben, die sie nach ihrem Umfang und ihren Leistungen beanspruchen darf. Genossenschaftlich handeln heißt: die eigene Kraft mit der anderer vereinigen zu einem gemeinsamen Handeln, heißt Kräfte summieren. Gemeinnützig handeln heißt: dienen und nicht verdienen! Genossenschaftlich der Geist und gemeinnützig unser Tun! Das muß die Losung der Baugenossenschaftsbewegung sein. Mit dieser Losung wird sie die Not der Zeit überstehen und nicht zugrunde gehen.

Abgelegene Luxuswohnungen in Berlin

Der Wohnungsbau der letzten zehn Jahre hat in Berlin in außerordentlich vielen Fällen die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse völlig außer acht gelassen. In abgelegenen Wohngebieten errichtete man Kleinwohnungen mit Bad, Zentralheizung, Warmwasserversorgung, Zentralwaschküche, Kindergarten, alles Dinge, die von den Bevölkerungskreisen, für die die Wohnungen bestimmt waren, gar nicht bezahlt werden können. Diese völligen, zum Teil sehr erheblichen Kapitalinvestitionen wirken sich heute natürlich katastrophal aus.

Der stark gesunkene Bauwert der Wohnungen, gemeinsam mit der Einkommensschrumpfung bei den Mietern, bringt einen großen Teil der Bauherren der rund 160,000 Wohnungen, die in Berlin mit Hauszinssteuermitteln errichtet wurden, in unangenehmste finanzielle Bedrängnis. Dabei handelt es sich um außerordentlich hohe öffentliche Mittel, die hier auf dem Spiel stehen: Insgesamt wurden aus Hauszinssteuermitteln und städtischen Zusatzhypotheken rund 900 Millionen Reichsmark in diesen Bauten festgelegt, wobei rund 27,000 dieser Neubauwohnungen sich in städtischem Besitz befinden.

So schwierig nun die seit langem im Gange befindlichen Verhandlungen über eine Herabsetzung der Berliner Neubaumieten auch sein mögen, so zwingt andererseits das Leerstehen vieler Wohnungen und die damit verbundenen großen Mietsausfälle dennoch zur Eile.

Es ist dringend zu hoffen, daß die Verhandlungen bald zu einem günstigen Ergebnis führen. Denn das Abwandern aus den Neubauwohnungen hält unaufhaltsam an. Tausende von Berliner Familien sind bei der augenblicklichen Wirtschaftslage überhaupt nicht mehr in der Lage, noch eine selbständige Wohnung zu halten.

40,000 wilde Siedler in Berlin

Ein böses Kapitel nach dieser Richtung hin ist das der »wilden Siedler«. Die Zahl der Familien, die heute in Lauben und ähnlichen mangelhaften Behausungen an der Peripherie der Stadt hausen müssen, dürfte mit 35,000 bis 40,000 nicht zu hoch geschätzt sein. Auch die noch im Erwerb stehende Bevölkerung ist an der Abwanderung beteiligt, und zwar insofern, als sie durchweg die bisherigen Wohnungen gegen kleinere umtauscht. Zweifellos wird die erstrebte Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse hier auch wieder eine Rückwanderung herbeiführen, wobei jedoch damit zu rechnen ist, daß sich dann infolge der seit zwei Jahren zu beobachtenden Drosselung der Bautätigkeit ein Mangel an Kleinwohnungen zeigen wird. Schon heute weist Berlin einen erheblichen objektiven Wohnungsfehlbedarf auf, das heißt ein starkes Mißverhältnis zwischen der Zahl der Haushaltungen und der Wohnungen.